



# uni-info

presse- und informationsstelle  
carl-von-ossietzky-universität oldenburg  
2900 oldenburg · postfach 943  
telefon (0441) 51064 - 51066

7. Okt. **29/74**

## FB III: Minister verzögert Aufbau der Universität

Der Fachbereichsrat III hat in einer Stellungnahme dem Wissenschaftsminister vorgeworfen, durch seine Berufungspolitik den Aufbau der Universität zu verzögern und in einem unverhältnismäßigen Maße in die demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse der Universität einzugreifen.

Wörtlich heißt es in der Stellungnahme "Durch seine autokratischen Entscheidungen wurde der Aufbauprozess der Universität, der Kompromiß der Vorstellungen und Interessen bei demokratischen Willensbildungsprozessen und die Selbstverwaltung der Hochschule empfindlich gestört."

Scharf kritisierte auch der Fachbereichsrat II in einer Stellungnahme zur endgültigen Ablehnung von Johannes Meyer-Ingwersen das Wissenschaftsministerium. Der Rat erklärte in einer einstimmig angenommenen Erklärung, die Ablehnung des Hochschullehrers käme einem Berufsverbot gleich, da Meyer-Ingwersen inzwischen auch von der Stuttgarter Gesamthochschule "entfernt" worden ist.

Inzwischen hat Wissenschaftsminister Grolle noch einmal bekräftigt, daß er auch in Zukunft seine Berufungspolitik nicht zu ändern gedenkt. Zu dem Protest der Errichtungskommission der Fakultät für Rechtswissenschaften der

TU Hannover wegen der Rückgabe der Berufungsliste für den Lehrstuhl "Politikwissenschaft" ließ er in einer Mitteilung seines Hauses verlauten: "Unzutreffend ist...der in der Protesterklärung erhobene Vorwurf, mit der nicht näher begründeten Rückgabe der Berufungsliste seien die auf der Liste vorgeschlagenen abqualifiziert und sei darüber hinaus die Autonomie der Hochschule infrage gestellt. Unbeschadet des Autonomieanspruches der Hochschulen hat es in Niedersachsen ebenso wie in anderen Bundesländern immer zu den unbestrittenen des Wissenschaftsministers gehört, im Einzelfall von Berufungsvorschlägen der Hochschule abzuweichen..."

Im Fall der Universität Oldenburg nahm sich der zuständige Minister in den letzten zwei Jahren gleich in 14 "Einzelfällen" das Recht, eine Berufungsliste zurückzuweisen bzw. Zweit- und Drittplazierte an die Hochschule zu berufen. gh

## Neuer Studienführer auf dem Markt

In Form eines Kompaktringbuches werden seit 4. Oktober Studienführer, Veranstaltungsverzeichnis und Studienbuch an der Pfortnerlogen verkauft. Preis: 7,50 Mark plus 2,90 für den Ringhefter. Das Kompaktringbuch soll eine einmalige Anschaffung für den Studenten sein und lediglich in jeweils neuen Semestern mit dem Veranstaltungsverzeichnis neu aufgefüllt werden.

Inzwischen ist nicht nur der Preis, der ohnehin durch eine indirekte Subventionierung vom Verwaltungsausschuß ge-

drückt wurde (mit der Zustimmung des Senats wird gerechnet), auf Kritik gestoßen, sondern auch Inhalt und Form. Der Rektor wies in diesem Zusammenhang jedoch darauf hin, daß der Senat die Anschaffung eines so aufgebauten Verzeichnisses einstimmig beschlossen habe.

Inzwischen bereitet der ASTA in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen die Veröffentlichung von Erläuterungen zu dem Veranstaltungsverzeichnis vor. Sie sollen zu Beginn der Vorlesungszeit erscheinen. gh

## LRK sprach mit Grolle

Die Rektoren der niedersächsischen Hochschulen, unter ihnen der Oldenburger Rektor Rainer Krüger, trafen sich am 25.9.74 in Hannover zu einem Gespräch mit dem Minister für Wissenschaft und Kunst, Joist Grolle. Der Rektor teilt dazu folgendes mit:

Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Weiterentwicklung der Rahmenpläne für den Hochschulausbau. Derzeit gilt der dritte Rahmenplan. Die Beträge, die von Seiten der Universitäten und dann vom Ministerium für den 4. und 5. Rahmenplan angemeldet worden waren, stimmen nicht völlig mit den finanziellen Eckdaten des Landes überein, wie sie im Landesentwicklungsprogramm konzipiert sind. Daher sind die Daten der zukünftigen Rahmenpläne für den Hochschulausbau etwas skeptisch zu betrachten, leichte Kürzungen sind zu erwarten. Dennoch bleibt die Ausweitung der Studienplätze Hauptziel; nach wie vor ist bis 1985 eine Verdoppelung der derzeitigen Studienplätze (54.000) auf 109.000 beabsichtigt. Der Bildungsgesamtplan sieht für diese Zeit Studienplätze für 23% eines Schülerjahrganges vor, bzw. für 90 - 95% der Abiturienten. Diese Daten stimmen mit den Studienplatzzahlen des niedersächsischen Landesentwicklungsprogramms überein. Für die Zeit nach 1985 stellt sich dann allerdings die Frage nach Überkapazitäten im Ausbildungsbereich.

Ähnliche Entwicklungen könnten auch in der Lehrerbildung eintreten, wo ja allseits eine Lehrerschwemme prognostiziert wird. D.h. 1985 werden die Ziele des Bildungsgesamtplanes erreicht, dann könnte eine Rückgang der benötigten Lehrkräfte eintreten. Die niedersächsische Landesregierung will sich bemühen, daß zum einen von Seiten des Landes die Planstellen für Lehrer entsprechend den Ausbildungszahlen angehoben werden, und daß zum anderen der mögliche Lehrerüberschuß durch eine qualitative Verbesserung der Schulausbildung aufgefangen wird. Ein weiteres wichtiges Thema der Besprechung im Ministerium war die niedersächsische Hochschulgesetzgebung.

# Vertrag mit Arbeitsamt perfekt

Bereits am 1.2.74 hat der Gründungsausschuß der Uni Oldenburg einen "Entwurf für ein Kooperationsmodell für die Errichtung einer Studien- und Berufsberatungsstelle an der Universität Oldenburg" zugestimmt. Kooperationsverträge mit der Bundesanstalt für Arbeit, vertreten durch die Landesarbeitsämter, waren bereits im Sommer von den Unis Kiel und Erlangen/Nürnberg geschlossen worden.

Der jetzt gültige Oldenburger Vertrag geht über die Kieler Vereinbarung hinaus. Während dort in der Uni eine Berufsberatung für Studenten eingerichtet wird, die mit der Studienberatung der Uni eng zusammenarbeitet, bildet man in Oldenburg eine gemeinsame Studien- und Berufsberatungsstelle ("enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit"), quasi ein Team aus Mitgliedern der Uni und des Arbeitsamtes. "Eine Erweiterung der Beratungsstelle um einen psychotherapeutischen Dienst und um die Dienste der Arbeitsvermittlung ist vorgesehen".

Die Beratungsstelle wird ihre Arbeitsräume in der Universität haben. Vorläufig - bis zur Fertigstellung der Neubauten - in den Räumen links vom Haupteingang. Ab 1.10.74 wird Roland Weidhardt vom Oldenburger Arbeitsamt dort tätig sein. Die Stelle für einen

## Termine

- SPK DIPLOM-SOZIALWISSENSCHAFTEN, Dienstag 8.10.74, 10.00 Uhr, VG 205
- SK ARBEITSLEHRE/POLYTECHNIK, 3. Sitzung, Donnerstag 10.10.74, 15.00 Uhr, VG 108
- SK GESELLSCHAFTSLEHRE, 3. Sitzung, Donnerstag 10.10.74, 10.00 Uhr, VG 108

### Fortsetzung

Wenn auch die Regelung der Personalstruktur parallel zur Bundesregelung laufen müsse und daher von dieser terminlich abhängig sei, werde ansonsten versucht, in dieser Legislaturperiode das niedersächsische Hochschulgesetz zu verabschieden. Ein Zeitplan sieht so aus: Zum Sommersemester 75 geht der Referentenentwurf an die Universitäten wird dort bis Ende des Sommersemesters abschließend diskutiert; im Herbst finden dann die Anhörungen statt, anschließende Weiterleitung des Entwurfes an den Landtag. Auf jeden Fall, so versicherte Grolle, werde mit dem Hochschulgesetz in Oldenburg und Osna-brück die juristische Voraussetzung für die Zusammenfassung zu Gesamthochschulen geschaffen. uh

Uni-Info . Informationsblatt der Universität Oldenburg  
Herausgeber: Presse- und Informationsstelle . Raum 107  
Tel. (intern) 270 . Mitarbeiter: Wilfried Becker . Gerhard Harms (verantwortlich) . Ulrich Höpfner . Wolfgang Nunnshagen . Jan Kochanowski . Druck: Uni-Druckzentrum  
Alle mit Namen gezeichneten Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder.

universitären Studienberater wird - vorbehaltlich des betreffenden Senatsbeschlusses - demnächst ausgeschrieben werden.

Die Berufsberatung für Studenten hat gemäß dem Kooperationsmodell folgende Aufgaben:

- individuelle Beratung in allen Ausbildungs- und berufswahlbezogenen Fragen, Entscheidungen und Konflikten unter Einbeziehung der psychologischen Diagnostik für Studenten, insbesondere für Studienanfänger, Studienwechsler und Studienabbrecher
- Orientierung über berufsrelevante Aspekte akademischer bzw. nichtakademischer Ausbildungs- und Berufswege, Information über Arbeitsmarktlage und Entwicklung;
- Hilfeleistung bei der Vorbereitung der Vermittlung in nichtakademische Ausbildungsgänge bzw. Arbeitsverhältnisse (Studienabbrecher);
- Weitergabe einschlägiger Informationen - Publikationen vor allem aus dem Bereich der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung an die Universität.

Eine Präsenzbibliothek mit den einschlägigen Publikationen ist als Bestandteil der Beratungsstelle vorgesehen. Ein mit Uni- bzw. Arbeitsamtvertretern paritätisch besetzter gemeinsamer Ausschuß ist für die Koordination der Beratungsstellen zuständig. uh

## Personalien

Berufungen, Ernennungen:

- HERR EHRICH hat einen Ruf angenommen auf die Stelle eines Ordentlichen Professors (H4) für "Mathematische Stochastik und Angewandte Statistik".
- HERMANN ENGELS, bisher Aachen, hat einen Ruf erhalten auf die Stelle eines Ordentlichen Professors (H4) für "Angewandte Mathematik mit dem Schwerpunkt instrumentelle und numerische Mathematik".
- HERR FREYTAG hat einen Ruf erhalten auf die Stelle eines Wissenschaftlichen Rats und Professors (H3) für "Empirische Sozialforschung".

Folgende Mitarbeiter wurden in den letzten Wochen eingestellt:

- MARIANNE ESCHRICH als Schreibkraft
- JÜRGEN GERDES als Programmierer
- GERHARD HARMS als Pressereferent
- OTTO PLOCHER als Regierungsoberinspektor in der Haushaltsabteilung
- HORST STUMPF als Laborant für Wartungsaufgaben im Bereich der ZETWA

Folgende Mitarbeiter sind in den letzten Wochen ausgeschieden:

- ADOLF ANDERL, bisher Wissenschaftlicher Assistent im Fach "Werkerziehung/Technik"
- ULRICH HÖPFNER, bisher Leiter der Presse- und Informationsstelle

## Kritik an der Erkundungsphase

Im uni-info 23/74 vom 15. August wurde der Senatsbeschuß zur "Verfahrensregelung für die Durchführung berufspraktischer Ausbildungsvorhaben" veröffentlicht.

Getragen wird dieser Senatsentscheid von einer Harmonievorstellung, die es zwischen Schule, Schulverwaltung etc. und Hochschule herzustellen gilt. Letztlich führt dieser Beschluß dazu, daß die Ausbildungsinhalte dieser "Harmonie" untergeordnet werden müssen oder anders formuliert, daß die Verwaltungsinstitutionen die Ausbildungsinhalte bestimmen.

Wie soll es den bei dieser Verfahrensregelung möglich sein, z.B.

- Konflikte zwischen einzelnen Schulen und der Schulabteilung
- Konflikte zwischen Lehrern und Schulleitung
- Probleme der Lehrer durch ihre Einordnung in eine Verwaltungshierarchie
- Konflikte zwischen Kontaktlehrern und ihren Kollegen
- Resignation/Frustration von Lehrern aufgrund z.B. mangelnder Realisationsmöglichkeiten von Reformansätzen
- Probleme der Lehrer - Schüler - Beziehungen,

um nur einige zu nennen, zum Untersuchungsgegenstand der Erkundungsphase zu machen?

Es kann doch nicht Sinn der Praxisphase sein, ein "harmonisiertes, konfliktloses Schulleben" zu vermitteln, in dem die neuralgischen Punkte tabuisiert werden. Die Erkundungen haben den Studenten und den beteiligten Lehrenden Möglichkeiten zu verschaffen, vorhandene Hypothesen zu überprüfen und/oder Impulse für eine spätere theoretische Aufarbeitung zu gewinnen. Dabei müssen Thesen, wie sie z.B. in "Erziehung in der Klassengesellschaft" (S. 245f.) formuliert sind, nicht von vornherein unzulässig sein. Ausbildung darf nicht zum Reflexionsfeld degradiert werden sondern Verhaltensweisen sind zu trainieren, die die Ansprüche nach mehr Demokratisierung aktiv realisieren. Die Verbindung von Theorie und Praxis wird zu einer Farce, wenn sie dazu dienen soll, mit den verschiedensten Theoriefragmenten die heutige Praxis zu legalisieren und zu stabilisieren.

Die Aufgabe des Senats wäre es, mit dem Kultusministerium oder dessen Filialinstitutionen zu vereinbaren, daß während der Praxisphase die inhaltliche Bestimmung der Hochschule obliegt und durch die Schulbehörden die organ

isatorischen Erfordernisse zu realisieren sind. Nichts spricht dagegen, daß sich die Lehrer etc. an den Inhaltsbestimmungen beteiligen, aber eine Blockierung unliebsamer Inhalte durch die Behörden ist nicht tragbar.

Ernst Taux